

## Antrag

der Abg. Antje Möller, Krista Sager, Christa Goetsch,  
Alexander Porschke, Manfred Mahr (GAL) und Fraktion

**Betr.: Brückenschlag über die Elbe realisieren, Ergebnisse der  
Zukunftskonferenz Wilhelmsburg, IGA 2013 und  
Olympia-Bewerbung zu einem nachhaltigen Konzept entwickeln**

Die Bürgerschaft hat den Senat im Dezember 2000 beauftragt, einen Zukunftskongress durchzuführen, der Grundlage sein soll für die weitere Konkretisierung eines integrativen Entwicklungskonzeptes. Die breite Beteiligung der Wilhelmsburger Öffentlichkeit, Initiativen, Verbände und auch der nicht-deutschen Bevölkerungsteile sollte dabei sichergestellt werden.

Die Ergebnisse der Zukunftskonferenz liegen jetzt vor und der Senat soll sich behördenübergreifend damit befassen. Der Auftrag der Konferenz bezog sich auf die stadträumlichen, baulichen, wirtschaftlichen, landschaftlichen und sozialen Probleme und Perspektiven Wilhelmsburgs, deren Berücksichtigung die Kompetenzen einzelner Fachbehörden überschreitet. Für die weitere Entwicklung des Stadtteils sind die Einflüsse der Bewerbungen zur IGA 2013 und Olympia 2012 von großer Bedeutung, die ebenfalls nur durch eine behördenübergreifende Befassung optimal gesteuert werden können.

Um mit einzelnen Entscheidungen (z. B. Trassenvariante der Hafenuferspanne oder Nutzung von freiwerdenden Konversionsflächen) die Chancen des Stadtteils durch diese Großprojekte nicht zu gefährden, sollte ein Moratorium bis zur Fertigstellung eines Masterplans vereinbart werden.

Durch einzelne Anträge wurden Ergebnisse der Zukunftskonferenz von der Harburger Bezirksversammlung zur Beratung an den Ortsausschuss Wilhelmsburg überwiesen. Bei der Auswertung und Umsetzung der Ergebnisse der Zukunftskonferenz muss der Senat die Beteiligung der lokalen Akteure und der bezirklichen Gremien gewährleisten.

Dies vorangeschickt, möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird aufgefordert:

1. das Weißbuch der Zukunftskonferenz Wilhelmsburg behördenübergreifend auf seine Umsetzbarkeit zu überprüfen mit dem Ziel, ein integriertes Entwicklungskonzept (Masterplan Elbinseln) zu erarbeiten und dabei folgende Maßnahmen kurzfristig in die Wege zu leiten:
  - Unterstützung der Bezirke Harburg und Mitte bei der Bildung eines zwischenbezirklichen Koordinierungsgremiums, analog zum Schanzenviertel, das die Beteiligung der lokalen und der fachlichen Ebenen (i. e. Strom- und Hafenbau) sichert.
  - Verlagerung der Freihafengrenze auf das nördliche Spreehafenufer und den Abbau des Zollzaunes an der Harburger Chaussee.
  - Herstellung einer gut nutzbaren Fuß- und Radwegequerung über die Norderelbbrücken.
  - Prüfung einer Fährverbindung zwischen Harburg, Wilhelmsburg und der City durch den Reihstieg.
  - Die Herrichtung der Auswandererhallen auf der Veddel und der 50er Schuppen auf dem kleinen Grasbrook in Kooperation mit dem von EU, BUND und Hamburg geförderten EQUAL-Projekt „Entwicklungspartnerschaft Elbinsel“.
  - Öffentliche Diskussion des Sachstandes Hafenuferspanne und Abwägung der verkehrspolitischen Alternativen, einschließlich einer Machbarkeitsstudie zur Verlagerung der Wilhelmsburger Reichsstraße.
2. Der Senat wird weiter aufgefordert, einen Wettbewerb zur Erstellung des „Masterplans Elbinseln“ auszuschreiben. Dieser Masterplan soll Entwicklungsperspektiven zur Verbesserung der Lebenssituation in den Stadtteilen Veddel/Rothenburgsort und Wilhelmsburg aufzeigen, die Konversion von Hafengebietsflächen zu Siedlungsflächen forcieren und die Planungen städtischer Großprojekte mit der Entwicklung der Stadtgebiete verknüpfen. Die Ergebnisse der Zukunftskonferenz Wilhelmsburg sind auf geeignete Weise mit einzubeziehen.